



BürgerInneninitiative gegen ein Bordell in Marburg

FOCUS 16/2009

DEUTSCHLAND

LUST UND LEID

Die Freier von Zwangsprostituierten sollen in Zukunft hart bestraft werden. Woran aber erkennt der Mann, dass die Hure nicht freiwillig anschaffen geht?



Arbeiten im Milieu

Teilzeit

Die Prostituierten-Beratungsstelle Hydra geht von bis zu **400 000 Huren** aus. Viele von ihnen machen den Job nebenbei oder nur kurzzeitig.

Versteckt

Fachberatungsstellen schätzen, dass **jede zweite** Hure ausländischer, meist osteuropäischer Herkunft ist. „Ein großer Anteil“ lebe illegal in Deutschland.

STRAFRECHT

Büßen sollen die Freier

Bis zu **fünf Jahre Haft** fordern CDU und SPD für die Kunden von Zwangsprostituierten. Der Nachweis aber ist schwer

Olga hat keine blauen Flecken, nicht einmal kleine Kratzer am Körper. Und der Typ, der aus einem Hinterzimmer der Wohnung kommt, hält auch gleich die Ausweispapiere der Dame aus Moldawien in der Hand, sobald die Männer vom Ordnungsamt danach fragen. Das soll eine Zwangsprostituierte sein?

„Es gibt nicht nur die misshandelten, gequälten Frauen mit einem dicken Russen als Zuhälter“, berichtet Sozialarbeiterin Cathrin Schauer. Als Geschäftsführerin des Vereins Karo führt sie seit Jahren an der deutsch-tschechischen Grenze im Raum Plauen einen beinhalten Kampf gegen Zwangsprostitution. „Den Frauen werden Videos gezeigt, damit sie sehen, was denen passiert, die den Mund aufmachen. Dann schweigen sie schon.“

Lust und Leid in übler Kombination. Frauen wie Olga will die Koalition jetzt mit ungewohnten Mitteln helfen. Freier sollen nicht länger ungeschoren davonkommen. Bis zu fünf Jahre Haft drohen demjenigen, der die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel

ausnutzt und „gegen Entgelt sexuelle Handlungen“ an ihnen „vornimmt“ oder an sich „vornehmen lässt“. So sieht es ein geplanter Gesetzentwurf der großen Koalition vor. Es soll einen neuen Straftatbestand geben: „sexueller Missbrauch von Opfern eines Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“.

Nur: Woran erkennt ein Freier, dass eine Frau Opfer von Menschenhandel ist, wenn schon Behörden Mühe haben, etwas nachzuweisen? Der CDU-Politiker Siegfried Kauder ist sicher, dass Männer etwas merken können – wenn sie es denn wollen. Wenn Frauen kein Deutsch sprechen, verängstigt wirken oder etwa Spuren ausgedrückter Zigaretten am Körper haben, seien das handfeste Indizien, meint Kauder.

Er hat aber nicht nur die im Visier, die aus Versehen an eine Hure geraten, die unfreiwillig ihr Geschäft betreibt. „Es gibt Männer, die fahren genau darauf ab, dass die Frauen unterwürdig und eingeschüchert sind“, weiß der Abgeordnete. Zynisch gesagt: Hier sorgt stetige Nachfrage für reiches Angebot.

Kauder treibt das Anliegen zusammen mit Parteifreundin Ute Granold seit Langem voran. „Der Staat muss ein Signal geben, dass Männer, die die Hilflosigkeit der Frauen ausnutzen, rigoros zu verurteilen sind“, drängt er. Dass die Freier bestraft werden sollen – da sind sich Union und SPD einig.

Noch kann der gesamte Plan scheitern. Denn es hakt beim Aufenthaltsrecht. So viel ist unstrittig: Wenn ein ausländisches Opfer fürchten muss, abgeschoben zu werden, wird es kaum auspacken. Die SPD will Zwangsprostituierten, die aus Angst die Aussage verweigern. Bleibe-recht gewähren. Sie möchte auch Frauen, die nicht Opfer, aber Zeuginnen sind, besser schützen. Einige Innenpolitiker der Union fürchten hier erhebliche Missbrauchsgefahr. Am 21. April soll ein Koalitions-gespräch Klarheit bringen.

„Wenn wir uns jetzt nicht einigen, können wir in dieser Legislaturperiode nichts mehr für diese Frauen tun“, drängt Kauder. „Damit wir noch zu einer Lösung kommen, müssen sich beide Seiten, die SPD, aber auch die Union, bewegen.“

Die Sozialarbeiterin Schauer sieht die Bemühungen in Berlin mit gemischten Gefühlen: „Ich bin dafür, dass die Männer bestraft werden“, sagt sie. Dass aber ein Gesetz durchgreifende Änderung bringt, bezweifelt sie. „Der Nachweis bleibt das große Problem.“ ■

MARGARETE VAN ACKEREN